Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Abonnementspreis vierteljährlich M. 2,50, durch die Post M. 2,75. — Annahme von Ankündigungen Marienstr. 38 u. 8-3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5, nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Vereine und Vereinsmitglieder 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Gewähr für die nächsttägige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

# Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.
Dresden, 1890.

**Dr. Putzar's Wasserheilanstalt**
**Königsbrunn b. Königstein** (sächsische Schweiz)
dauernd wiedereröffnet.
Ausführliche Prospecte gratis durch **Die Direction.**

**Thüre zu!**
D.R.-Patent.

Vollkommenster selbstthätiger geräuschloser
**Thürschliesser.**
Prospecte gratis und franco. **40,000** Stück im Gebrauch.
**Curt Heinsius,**
Dresden-N.,
**Tieckstrasse 27.**
Fernsprecher 2160.

**M. Nessmann** Nachf., Scheffelstraße 18.
en gros **Posamenten-Fabrik** en detail
**Grösstes Lager** in Kleiderbesätzen, allen Posamenten, Knöpfen, Spitzen, Bändern. Alle Artikel zur Damenschneiderei. Eigene Herstellung aller Posamenten. Sofortige Anfertigung nach Wunsch.

MATTONI's GIESSHÜBLER höchster alkalischer SAUERBRUNN
Hauptniederlagen in Dresden:
**MOHRENAPOTHEKE,** Pirnaischer Platz,
**WEIS & HENKE,** Schlossstrasse 17,
**KRONENAPOTHEKE,** Neustadt.

**Bay-Rum,**
wirkt erfrischend auf die Kopfhaut, befördert den Haarwuchs, beseitigt die lästigen Kopfschuppen. **Flasche 1 M. u. 1,50.**
Prompter Versandt nach auswärts.
Kgl. Hof-Apotheke, Dresden, Georgenthor.

**Hochzeits-Geschenke** in Phantasie- und Luxusmöbel eigener Fabrikation, Majoliken, Broncen etc. Hofl. **Robert Hoffmann.**

**Nr. 108. Spiegel:** Die Arbeitsverweigerung am 1. Mai. Fernsprechberichte. Heimnachrichten, Ueber Luxus und Schulden der Offiziere, Bezirksverein zur Fürsorge für Strafentlassene, Versammlung des Impingegner-Vereins. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. | **Freitag, 18. April.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Es wäre verfehlt, wegen des Beschlusses der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten: die Arbeit am 1. Mai nicht einzustellen, in Jubelrufe auszubrechen. Die sozialdemokratische Gefahr hat dadurch nicht ein Stäubchen an ihrem Ernste eingebüßt. Allerdings ist durch die Halle'sche Erklärung die Feier des 1. Mai äußerlich ihres revolutionären Wesens entkleidet worden. Aber nur die harte Nothwendigkeit hat dies erzwungen. Die Führer der Sozialdemokratie sagen denn auch mit anerkennenswerther Offenheit: eine allgemeine Arbeitsverweigerung am 1. Mai ist unausführbar. Die große Mehrheit der Arbeiter thäte eben nicht mit, sondern ließe die Sozialdemokraten allein. Damit würde offenkundig, wie viel es eigentliche, eingeschworene „zielbewußte" Sozialdemokraten giebt und wie groß die Zahl Derer ist, die blos sozialdemokratische Stimmzettel abgeben. Der 2. Grund ist: wirthschaftliche und politische Konflikte zu vermeiden, die, wie die Abgeordneten selbst sagen, „unabsehbare Tragweite" annehmen können. Auch Das stimmt. Wir glauben's den in Halle Versammelten gern, daß sie es unter solchen Umständen „nicht mit ihren Gewissen vereinigen konnten", ihrer Partei die Arbeitseinstellung zu empfehlen. Und insofern der nüchterne Verstand die Leidenschaften meisterte, wird Jedermann, der das Heil des gesammten Volkes nicht in Kraftproben, sondern in friedlicher Entwickelung und Ausgleichung gesellschaftlicher Gegensätze erstrebt, den Werth der in Halle getroffenen Entscheidung voll würdigen. Wird aber der Rath der sozialdemokratischen Abgeordneten überall in der Partei Befolgung finden? Aus einer ganzen Reihe von Städten liegen Erklärungen von Versammlungen vor, die trotzdem die Arbeitsverweigerung am 1. Mai verlangen. Man lehnt sich trotzig auch gegen die eignen Parteihäupter auf. Bei den jüngeren Sozialdemokraten, bei der Arbeiterjugend giebt es genug Brauseköpfe, die jede Mahnung zur Mäßigung verlachen. Sie bilden sich ein, sie brauchten nur zu wollen, so müßten sich die Arbeitgeber Alles gefallen lassen. Ihnen will es nicht in den Sinn, daß die Massenkundgebungen auf den Straßen, zu denen die Vorbereitungen im schönsten Gange waren, nun unterbleiben sollen. Mindestens wollen sie willkürlich am 1. Mai aus der Fabrik und Werkstatt wegbleiben. Mittlerweile rühren sich denn aber die Arbeitgeber aller Orten. Sie wollen sich nicht einseitig die Einstellung der Arbeit diktiren lassen und sie halten die Antwort auf den muthwilligen Kontraktbruch bereit. Wir können nur wünschen, daß auch den jüngeren, vorwärtsdrängenden Arbeitern die ernsten Folgen von Kontraktbruch und Straßendemonstrationen ebenso einleuchten, wie den erfahrenen Abgeordneten der Sozialdemokratie.

Der Achtstundentag, zu dessen Empfehlung ein „Weltfeiertag" stattfinden sollte, ist eine amerikanische Erfindung. In Amerika ist bekanntlich die Arbeit eine viel angestrengtere und anstrengendere als in der alten Welt. Sie reibt viel mehr auf. Auch das Klima trägt dazu bei. Es ist recht wahrscheinlich, daß Beides zusammen dort eine Beschränkung der Arbeitszeit auf 8 Stunden nothwendig macht. Aber ein Unding ist es, ohne Rücksicht auf wirthschaftliche und klimatische Verschiedenheiten dieselbe Arbeitszeit in allen Ländern der Erde einführen zu wollen. Den Arbeitern und speziell den Sozialdemokraten ist es auch gar nicht rechter Ernst mit dieser Forderung. Wenn im Laufe der letzten Jahre die deutschen Arbeiter durch Streiks ernstlich eine Abkürzung der Arbeitszeit forderten, so ist es ihnen niemals und nirgends eingefallen, den Achtstundentag zu verlangen. Die weiteste Forderung ging auf 9 Stunden. Vor 5 Jahren brachten im Reichstage, es war am 19. Nov. 1885, 23 sozialdemokratische Abgeordnete den Antrag auf einen 11stündigen Arbeitstag ein. Sie verlangten wörtlich: „Die Arbeitszeit für alle in gewerblichen Unternehmungen beschäftigten, über 16 Jahre alten Arbeiter und Hilfspersonen darf, ausschließlich der Pausen, täglich höchstens zehn Stunden, am Sonnabend höchstens acht Stunden währen". Das sind also für die erwachsenen Arbeiter 11 Stunden. Bei dem jetzt geforderten Achtstundentage ist es nicht einmal klar, ob da die Expausen mit eingerechnet sein sollen. Haben sich nun in 5 Jahren die wirthschaftlichen Zustände so wesentlich geändert, wird seitdem die Arbeitskraft umsovielmehr aufgebraucht, daß die Arbeitszeit gleich um 3 Stunden verkürzt werden muß? Und doch sind die meisten der 23 Abgeordneten, die vor 5 Jahren den 11-Stundentag verlangten, dieselben, die es heute nicht unter dem 8-Stundentag thun wollen! Wo ist da ein Ende? Die Anarchisten lachen denn bereits die Sozialdemokraten wegen der übermäßigen 8-Stundenarbeit aus. Nach ihrer Ansicht hat kein Mensch nöthig, länger als 2 Stunden am Tage zu arbeiten.

Der Pariser Congreß mag für die Sozialdemokraten die höchste Instanz sein — die Staaten, die Regierungen, die Arbeitgeber und die nichtsozialdemokratischen Arbeiter erkennen ihn als Autorität nicht an und sie verwerfen seine Beschlüsse als Anmaßungen und zwar verderblichster Art. Jeder tüchtige Akkordarbeiter wird entschieden gegen den Befehl, nur 8 Stunden zu arbeiten, Einspruch erheben, denn das bedeutet eine unerhörte Schmälerung seiner Einnahmen. Der Pariser Congreß hat es sehr leicht, den Achtstundentag zu verlangen; leider sagt er nicht, ob dann derselbe Lohn gezahlt werden soll, wie jetzt. Die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden unter Beibehaltung desselben Lohnbetrages würde augenblicks den größten Theil der Fabriken unrentabel machen, Hunderttausende von Arbeitern auf die Straße werfen und dadurch diese Aermsten zwingen, ihre Arbeit zu jedem Preise wieder anzubieten. Es fände ein allgemeines Unterbieten des Arbeitslohnes statt und der Lohn für eine 8-Stundenarbeit würde tief unter ⅘ der jetzigen Lohnsätze herabgedrückt. Die Achtstundentags-Bewegung führt also zu einer Verschlechterung der Verhältnisse der Arbeiter. Schon aus diesem Grunde ist es erklärlich, wenn sich die Mehrzahl der Arbeiter weigert, sich an einer Demonstration für eine Sache zu betheiligen, die, wenn sie nicht aussichtslos wäre, verderblich für die Arbeiter ausfallen müßte. Es handelt sich bei der ganzen Geschichte nur um eine hohle Demonstration. Denn wenn die Halle'sche Erklärung besagt: der Pariser Congreß wolle eine Kundgebung zu Gunsten einer nationalen und internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung veranlassen, so ist die Kundgebung jetzt überflüssig. Die Berliner Conferenz hat bereits die internationale Regelung in die Hand genommen und einen guten Theil dessen, wofür am 1. Mai erst demonstrirt werden soll, schon vereinbart. In Deutschland aber steht ein Arbeiterschutzgesetz demnächst bevor. Es wird den 10stündigen Arbeitstag vorschreiben. Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf das zur Schonungskraft des Menschen erforderliche Maß liegt Jedem, der es mit der Menschheit wohlmeint, am Herzen. Die Segnungen einer solchen Einrichtung für das geistige, sittliche und körperliche Wohl der Arbeiter und damit der Nutzen für die Gesammtheit bedürfen keines Nachweises. Gerade weil wir wissen, daß ein großer Theil der Arbeiterschaft von einem rühmlichen Bildungsdrange ergriffen ist, wünschen wir, daß ihnen die Gesetzgebung durch Verkürzung der Arbeitszeit die Befriedigung dieses Dranges erleichtert. Aber die Sozialdemokratie schädigt dieses Ziel; wenn man den Fabriken durch den Achtstundentag es unmöglich machen will, zu bestehen, so muß das den guten Willen der Fabrikanten, die Arbeitszeit abzukürzen, vor den Kopf stoßen. Was es nun mit dem Petitionssturme auf diesen unmöglichen Achtstundentag auf sich hat, Das behalten wir einer späteren Ausführung vor. Obwohl die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten sich gegen die Arbeitseinstellung erklärt haben, werden in manchen Ländern die Arbeiter doch dazu greifen. Was in Deutschland geschieht, müssen wir abwarten. Wir werden ja sehen, wie weit der Trotz und die Auflehnung sogar gegen die Befehle der eigenen Parteihäupter gehen. Die Halle'sche Erklärung hat sicherlich die Lage erleichtert; das sei gern anerkannt. Jeder Sieg der Vernunft über die Leidenschaft verdient Anerkennung. Es kann (und das ist der Hauptwerth der Halleschen Erklärung) auch auf die vorwärts drängenden Elemente unter der Sozialdemokratie seines Eindrucks nicht verfehlen, wenn die Parteihäupter eingestehen: es giebt auch für uns eine Grenze, sehr deutlich, fest und nicht zu überschreiten.

## Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 17. April.

**Berlin.** Der Kaiser beglückwünschte heute früh den Generaloberst v. Pape zu dessen 60jährigem Dienstjubiläum und überreichte demselben das Comthurkreuz und den Stern des Hohenzollern'schen Hausordens, sowie sein lebensgroßes Brustbild. — Die Begegnung des Kaisers mit der Königin von England in Darmstadt erfolgt am 25. dieses Monats. Englische Blätter wollen wissen, Kaiser Wilhelm werde der Königin Victoria im August in Osborne abermals einen Besuch abstatten. — Ueber Paris wird gemeldet, Prinz Heinrich habe in Madrid und Lissabon den Besuch seines Bruders, des deutschen Kaisers, für den Oktober angesagt. — Beim Kaiser findet am Sonnabend ein Botschafterdiner statt. — Morgen wird unter Vorsitz des Kaisers ein Kronrath abgehalten.

**Berlin.** Der „Reichsanzeiger" dementirt die Nachricht von einem Wechsel in der Leitung des Reichspostamtes und kündigt das demnächstige Erscheinen einer amtlichen Veröffentlichung der Verhandlungen der Arbeiterschutzkonferenz bei Duncker und Humblot in Leipzig an. Der „Reichsanzeiger" theilt ferner mit, daß die Einfuhr von Schweinen aus Steinbruch in Ungarn und die unter veterinärärztlicher Aufsicht stehenden Schlachthäuser zu Beuthen, Myslowitz, Ratibor und Gleiwitz wieder gestattet worden ist, nachdem sich der Gesundheitszustand des Schweinebestandes zu Steinbruch in letzter Zeit gebessert habe. — Der Staatssekretär im Reichsmarineamt, Contreadmiral Heusner, hat infolge seines Herzleidens auf Anrathen der Aerzte nunmehr um seine Entlassung nachgesucht. — Die mit dem neuen deutschen Infanteriegewehre, Mod. 88, angestellten Schießversuche haben besonders betreffs der Durchschlagskraft oder Geschoßwirkung außerordentliche Resultate ergeben. — Auf Grund des Sozialistengesetzes ist das Thüringer Volksbl. in Rudolstadt unterdrückt worden.

**Berlin.** Im Abgeordnetenhause brachte bei der fortgesetzten Berathung des Etats Hofprediger Stöcker das Prostitutionswesen zur Sprache. Die Verwahrlosung des Volkslebens sei eine Folge der verwahrlosten Erziehung und des zerrütteten Familienlebens. Der Staat müsse für einen größeren Schutz der Arbeiterinnen gegen die Verfolgung der Arbeitgeber und deren Angestellten sorgen. Auch die polizeiliche Behandlung der Prostituirten lasse viel zu wünschen übrig. In Berlin gebe es jetzt 5000 eingeschriebene Dirnen, die Zahl der Personen, die von der Prostitution lebten, betrage das Zehnfache. Die Steigerung stehe außer Verhältniß zur Zunahme der Bevölkerung. Umsturz und revolutionäre Bestrebungen gingen überall mit der Unzucht zusammen. Man müsse das Uebel an der Wurzel treffen. Die Stellung unter Kontrole werde meist als eine Art Gewerbeschein betrachtet. 13- bis 14jährige Mädchen stünden bereits unter Sittenkontrole. Der Staat solle die Eltern unterstützen, ihre Kinder vor der Verwahrlosung zu behüten und es mehr mit prophylaktischen Maßregeln versuchen. Die Zwangserziehung müsse über das 12. Lebensjahr ausgedehnt werden können. Mädchen von 12 bis 16 Jahren, die mit dem Laster in Berührung kommen, gehörten in die Erziehungsanstalt und dürften nicht unter Sitten-Controle kommen. Die Gelegenheitsmacherei werde durch das Schlafburschen- und das Schlafmädchenwesen, noch mehr aber durch die Cafés mit weiblicher Bedienung befördert. Die Nachtcafés seien geradezu Börsen der Unzucht. Das Theater trage viel zur Unsittlichkeit bei. Es sei vielfach anstatt einer moralischen Kanzel ein intellektuelles Bordell geworden. Bedauerlich sei, daß wohlgemeinte Verwaltungsmaßregeln in unsittlichen Büchern und Schriften vielfach durch gerichtliche Erkenntnisse wieder aufgehoben würden. — Minister des Innern v. Herrfurth erwiedert, die Polizei suche der Gelegenheitsmacherei nach Möglichkeit entgegenzutreten und es sei in dieser Hinsicht gegen früher wesentlich besser geworden. Die Zunahme der Prostituirten sei weit geringer als Stöcker annehme. Die Zahl der eingetragenen Prostituirten betrage noch nicht 4000. Bei der Sittenkontrole handele es sich um rein sanitätspolizeiliche Maßregeln. In Bezug auf die Minorennen würden Eltern und Vormünder aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die Mädchen dem unsittlichen Lebenswandel entsagen, ehe die Stellung unter Controle erfolgt. Es sei wenig erquicklich, über dieses Gebiet in einer Versammlung zu sprechen, zu deren Tribüne Jeder Zutritt habe. Stöcker erwiedert: Wir sind nicht wegen der Tribüne da, sondern zum Wohle und Heile des Volkes. Was zur Gesetzgebung und Verwaltung gehöre, könne hier besprochen werden. — Dr. Langerhanns (freis.) tadelte, daß Stöcker hier die Sache zur Sprache gebracht habe, ohne Anträge zu stellen. Stöcker weist darauf hin, daß die Sache sowohl im englischen wie im italienischen Parlamente öffentlich verhandelt worden sei. — Im Weiterverlaufe der Berathung forderten Dr. Brien und Dr. Windthorst die Herausgabe des hannöver'schen Welfenfonds an die hannöver'sche Königsfamilie. Minister Herrfurth erwiedert, daß eine Bestimmung über den Fonds nur durch Gesetz getroffen werden könne. — Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses nahm die Eisenbahnverstaatlichungsvorlage unverändert an.

**Potsdam.** Die Prinzessin Friedrich Leopold ist heute Nachmittag 3¼ Uhr von einer Prinzessin glücklich entbunden worden.

**Straßburg i. E.** Grabd und 26 Gen. haben im Landesausschuß einen Antrag auf Aufhebung des Paßzwanges eingebracht.

**London.** Die „Times" dementirt, daß eine Verständigung zwischen der britischen und deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft über die Revision des ostafrikanischen Zolltarifes stattgefunden habe. Die britische Gesellschaft sei zu einer freundschaftlichen Regelung zwar geneigt, doch müsse sie erst eine deutliche Erklärung der deutschen Regierung über ihre Absichten in Ostafrika abwarten.

**London.** Zehntausend Arbeiter in den Werkstätten der Centraleisenbahnen in Newyork haben die Arbeit niedergelegt, weil 80 Mechaniker wegen ungenügender Beschäftigung entlassen wurden. Große, von 94 Gewerkschaften unterzeichnete Plakate rufen die Arbeiter zu einer Riesenkundgebung für den 8-Stundenarbeitstag im Hyde-Park auf.

**Die Berliner Börse** war heute infolge der Preisrückgänge bei den Kohlenkuxmissionen sowie in Folge der Arbeiterausstände in Böhmen und Mähren verstimmt. Es fanden erhebliche Blanco-Abgaben und Realisationen statt, infolge deren die Course meist stark wichen. Banken waren durchweg nachgebend, besonders Kommanditantheile matt. Von deutschen Bahnen waren nur Mainzer auf günstige Märzeinnahmen besser, andere weichend, auch österreichische Bahnen schwächer. In Kohlenwerthen trat das Angebot dringend auf, die Course wichen prozentweise. Auch Eisenwerthe waren niedriger. Fremde Renten ruhig, aber ziemlich fest. Im Weiterverlaufe machte die rückgängige Bewegung nach vorübergehender Erholung weitere Fortschritte. Gotthardbahn auf Bekanntwerden der Märzeinnahmen höher. Im Kassaverkehr war die Haltung durchweg schwach, besonders waren Bergwerke matt. Privatdiskont 2⅞ Prozent. Nachbörse matt. — Wetter: Früh Gewitter, Vormittag bedeckt, Nachmittag aufgeklärt und sonnig, Ost-Nord-Ost-Wind.

**Frankfurt a. M.** (Abends.) Credit 255,10. Staatsb. 180,60. Lomb. 103,00. Galizier —,—. Egypter 96,20. 4proc. Ung. Gold. 88,00. Disconto 217,70. Dresdn. Bk. 146,00. Laura —,—. Gelsenkirchen —,—. — Schwach.

**Wien.** (Abends.) Credit 298,75. Staatsbahn 213,25. Lombarden 121,00. Nordwest 204,50. Marknoten 58,475. Ung. Credit 333,50. Matt.

**Paris.** (Schluß.) Rente 89,15. Anleihe 106,86. Italiener 93,85. Staatsbahn 455,00. Lombarden 278,75. do. Prioritäten —. Spanier 73⅛. Egypter 486,25. Ottomanen 561,25. Escompte 613,75. Ruhig.

**Paris.** Produkten (Schluß.) Weizen per April 21,40, per Sept.-Decbr. 23,60, behauptet. Spiritus per April 35,50, per Sept.-December 37,70, behauptet. Rüböl per April 69,00, per September-December 66,70, matt.

**Amsterdam.** Produkten (Schluß). Weizen per Mai 204, per Novbr. 196. Roggen per Mai 132,00, per October 124,00.

## Oertliches und Sächsisches.

— Ueber die Reise Sr. Kgl. Hoheit des **Prinzen Friedrich August** wird aus Kairo, vom 31. v. M., geschrieben: Am vorigen Freitag gegen Abend kam Prinz Friedrich August von Sachsen in Begleitung zweier Adjutanten und des Ehren-Domherrn Professors Dr. Frihen von Tiberias und Nazareth her hier an. Am andern Tage besuchte der Prinz das deutsche Hospiz und wohnte der h. Messe bei, welche Herr Dr. Frihen las. Beide Herren äußerten sich sehr befriedigt über die Einrichtung des Hauses und begrüßten das Vorgehen des Palästina-Vereins im h. Lande mit großer Anerkennung.

— Ihre Hoheit die Prinzessin Marie von **Sachsen-Weimar-Eisenach**, die am 15. d. M. von Weimar hier angekommen und von ihrem Gemahl, dem Prinzen Reuß Heinrich VII., kaiserlich deutscher Botschafter in Wien, auf dem Böhmischen Bahnhof empfangen worden war, hat mit ihrem Gemahl gestern Vormittag die Weiterreise nach Wien angetreten.

— Die Uebersiedelung Ihrer Königl. Hoheiten der Prinzen **Johann Georg** und **Max** nach Leipzig erfolgt sicherem Vernehmen nach am 23. d. Die elegante Einrichtung der dortigen Wohnung ist, wie auch im Vorjahre in Freiburg, zum größten Theil von Herrn Hoflieferanten Ferdinand Menzer hier ausgeführt worden.

— Ihre Durchlaucht die **Prinzessin Reuß** beehrte das Instrumentenmagazin von W. Gräbner, Waisenhausstraße 7, mit ihrem Besuche und bewirkte daselbst Einkäufe.

— Prof. Dr. Wilhelm **Maurenbrecher** an der Universität Leipzig erhielt den königl. preuß. Rothen Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife.

— Herrn Lederzuschneider Friedrich August **Lehmann**, welcher seit über 25 Jahren im Geschäft des verstorbenen Lederhändlers Arndt in Dresden thätig gewesen ist, wurde gestern durch Herrn Oberbürgermeister Dr. Stübel in Anerkennung seiner bei tadelloser Führung bewiesenen Treue in der Arbeit ein Belobigungsdekret überreicht.

— Ueber Luxus und Schulden der **Offiziere** schreibt der „Westf. Merkur": Der junge Offizier ist größeren Versuchungen zum Luxus und zur Verschwendung ausgesetzt, wie die Angehörigen der meisten anderen höheren Berufsarten. Unter seinen Kameraden befinden sich fast immer sehr reiche und sehr üppige Elemente, die leicht tonangebend werden. Das Standesbewußtsein ist außerordentlich hoch entwickelt, was für die Armee ein Segen ist, aber für das Individuum sehr gefährlich werden kann. Um keinen Preis glaubt man „sich lumpen lassen" zu dürfen. Und leider wird die Erlangung von Kredit den Offizieren so außerordentlich leicht gemacht. In dieser Hinsicht ist eine Zuschrift, welche der „Voss. Ztg." von offenbar kundiger Seite zugeht, höchst beachtenswerth. Das Kasino, so heißt es da, stellt dem jungen Offizier, der den Werth des Geldes noch nicht kennen gelernt hat, vom Anfang an Alles ohne Bezahlung zur Verfügung, nicht blos Speisen jeder Art, sondern auch Cigarren, Wein und selbst Champagner. Am Ende des Monats erhält er die Rechnungen, auf welche vorher das zurückbehalten worden ist, was die Abzüge ihm vom Gehalt übrig gelassen haben, und diese Rechnungen bezahlt er von der Privatzulage, die er für den nächsten Monat vom Hause erhalten hat, oder muß sie sich kreditiren lassen. So sieht sich der junge Offizier gewöhnlich schon zu Anfang des Monats ohne Geld, folglich ist er genöthigt, Schulden zu machen, die er natürlich nicht bezahlen kann, wenn nicht vom Hause eine Extrazulage eintrifft, und in ganz kurzer Zeit wird

Dresdner Molkerei (Gebr. Hänel, Hauptmarktstr. 4/42).
Butter täglich 3 Mal frisch.